



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0866890

P/XIII/173 - 4. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Wieder Zuspitzung Zu Chruschtschows Geheimbesuch in Peking	95
2 - 3	Schwedischer Wohnungsbau Dichtung und Wahrheit	77
4 - 5	Der Fall Reinefarth Neue belastende polnische Dokumente	72
6	Kino-Inflation in Soldaten-Kitch Das könnte uns erspart bleiben	37

* * * *
* * *

Wieder Zuspitzung

sp - Ob die Initiatoren der anglo-amerikanischen Militärintervention im Libanon und in Jordanien damit rechneten, dass sie mit diesem Unternehmen auch das 600-Millionen-Reich der Chinesen auf den Plan rufen würden, ist nicht bekannt. Aber sie hätten das mit in ihr Kalkül einbeziehen müssen, denn es gehört schon sehr viel Torheit dazu, nicht anzunehmen, das mächtige China würde sich in einem Konflikt teilnahmslos verhalten, in dem Bandung-Staaten mit verwickelt sind. Die Grundsätze, auf denen sich diese Konferenz der afro-asiatischen Staaten in Bandung einigte, lauteten: Gegenseitige Achtung der Integrität der Territorien und der Souveränität; Ablehnung jeder Aggression; keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes; Gleichberechtigung und Streben nach gemeinsamen Vorteilen, und friedliche Koexistenz.

Die unglückliche Nahost-Politik der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens, die selbst wiederum nur das Glied einer Kette von folgenreichen Verkennungen der in diesem Raum agierenden Kräfte und Strömungen ist, war und ist im Urteil der meisten Bandung-Staaten mit den obengenannten Prinzipien nicht zu vereinbaren. Indien und China als die beiden Hauptmächte des asiatischen Kontinents verurteilten fast in gleicher Schärfe die Landung britisch-amerikanischer Truppen im Libanon und in Jordanien und sahen darin eine Gefährdung des Friedens. Der sonst so vorsichtige und zurückhaltende Nehru, dem man eine intime Kenntnis der Probleme dieser Welt gewiss nicht absprechen kann, sagte dieser Tage, er beginne daran zu zweifeln, ob irgend jemand in der Lage sei, die Ereignisse zu kontrollieren, die zu einem dritten Weltkrieg führen könnten. Diese alarmierende Warnung eines hervorragenden Staatsmannes, der sich dem Dienst am Frieden verschrieben hat, kennzeichnet die Düsternis und die Gefahren einer Lage, die durch den Blitz- und Geheimbesuch Chruschtschows in Peking nicht gerade erhellt worden ist.

Jetzt rächt sich die Feilspekulation Washingtons und Londons, durch ihre Militäraktionen im Vorderen Orient die Sowjetunion überrunden zu können. Das ursprüngliche Zögern, auf eine Gipfelkonferenz einzugehen, trug und trägt ihnen ebenfalls keine Früchte ein. Sie haben dabei nichts gewonnen. Die Methode des amerikanischen Aussenministers, eine Politik hart am Rande des Krieges zu führen, erleichtert nicht ein Verhandlungsklima, sondern erschwert und verhärtet die gegenseitigen Verhandlungspositionen. Drei Wochen nach ihrem wagnisigen - und wie es sich jetzt in immer grösser werdender Deutlichkeit herausstellt, auch kurzzeitigem Unternehmen - haben sie es nun bei jeder künftigen Regelung des Nahost-Konfliktes mit einem im russisch-chinesischen Kommuniqué mit unüberhörbarer Lautstärke und nicht zu übersehender Schärfe verkündeten Mitspracherecht Pekings zu tun.

Es ist missig, darüber Überlegungen anzustellen, ob sich Chruschtschov als er sich zu dieser Tour nach Peking entschloss, als Treiber oder Getriebener fühlte. Die Realität des chinesisch-russischen Bündnisses und seine Funktionsfähigkeit wird dadurch nicht berührt. Es mag auch sein, dass Mao Tse Tung heute vielleicht an der Aufrechterhaltung von und am Entstehen neuer Spannungen zwischen West und Ost aus innerpolitischen Gründen stärker interessiert ist.

Wenn dem so ist, so sollten die Westmächte umso mehr Aktionen und Konflikte vermeiden, in deren Schatten Peking als Scharfmacher auftreten kann, eine Rolle, der sich dann auch ein Chruschtschow schwerlich entziehen kann. Von China kamen die bisher schärfsten Reaktionen auf kolonialistische Rückfälle der Westmächte; so bot es im Suez-Konflikt den bedrohten Ägypten Freiwillige an, einige Tage nach der Landung amerikanisch-britischer Truppen im Vorderen Orient drohte es gleichfalls mit der Entsendung von "Freiwilligen". Damals, im Falle Suez, kam es glücklicherweise nicht dazu. Werden nun die Westmächte einen Weg finden, der diese zweite chinesische Drohung unwirksam und überflüssig macht?

Das hängt freilich von ihrer weiteren Nahost-Politik ab und wie weit es gelingt, dafür die Zustimmung der jungen arabischen Staaten und die Mitwirkung der Sowjetunion zu erreichen. Noch immer können einflußreiche Kreise in Washington unter Führung Dulles' nicht der Versuchung widerstehen, eine kommende Gipfelkonferenz mit Chruschtschow zu einer Art Schauprozess gegen die Sowjetunion und den arabischen Nationalismus zu gestalten; aber nicht Ankläger werden benötigt - beide Seiten könnten mit einer stattlichen Reihe aufwarten - sondern Architekten seiner Politik, die diesen Teil der Erde im Einklang mit der UNO-Charta der Rolle eines Tummelplatzes rivalisierender Weltmachtinteressen enthebt und ihm die Möglichkeit gibt, sein Leben nach eigenen Vorstellungen und eigenen Gesetzen zu gestalten. Der Außenminister einer möglichen britischen Labour-Regierung Aneurin Bevan umriß eine auf die Zukunft bedachte Nahost-Politik des Westens und des Ostens folgendermaßen: Die großen Mächte sollten übereinstimmen, in diesem Teil der Erde keine militärischen Alliierten zu suchen oder militärische Blöcke zu bilden; sie sollten die bestehenden Fronten der Staaten in diesem Gebiet einschließlich des Staates Israel nur in gegenseitigem Einvernehmen ändern und jeden Angriff auf einen dieser Staaten mit Waffengewalt abwehren im Einklang mit dem Geist der UNO-Charta. Wenn arabische Staaten das Bedürfnis nach Zusammenschluß zu größerer Einheit durch friedliche Mittel haben, so sollten die Großmächte dies respektieren. Ein vierter den Frieden in diesem Gebiet sichernder Beitrag wäre die Bildung einer unter dem Auspizien der Vereinten Nationen arbeitenden Wirtschaftskommission, die mit genügend Mitteln ausgestattet wird, um wirtschaftliche Projekte entweder für das ganze Gebiet oder für Teile des Gebietes zu finanzieren.

Viel Zeit für die Verwirklichung solcher Ideen bleibt allerdings nicht übrig, aber sie sind bisher die einzigen, die einen besseren Weg für eine friedliche Zukunft aufzeigen. Jede Stunde und jede Woche, die hier nutzlos verströmt wird, und in der sich die Weltmächte in Verfahrensfragen verstricken, lähmt die Aussichten des Westens, diese gewaltige Auseinandersetzung, in der viele Kräfte verwoben sind, einigermaßen mit Erfolg zu bestehen. Das Kommuniqué von Peking ist ein Warnzeichen.....

Schwedischer Wohnungsbau

R. H. Stockholm

In der Bundesrepublik erscheinen immer wieder Artikel über die angeblich missglückte Wohnungspolitik in Schweden - wobei natürlich nicht verabsäumt wird, darauf hinzuweisen, dass Schweden von Sozialdemokraten regiert wird. Die ahnungslosen deutschen Leser malen sich in düsteren Farben das Elend der schwedischen Mieter aus und schütteln den Kopf über die Unfähigkeit der Sozialdemokraten. In Wirklichkeit wundern sich jene Schweden, die den deutschen Wohnungsbau kennen, dass im Lande des "Wirtschaftswunders" noch immer ganze Wohnviertel eng und unmodern gebaut werden, so wie man es in Schweden vielleicht noch vor dem Kriege getan hat. Wer Schweden kennt, weisse, dass die Wohnkultur während des letzten Jahrzehnts einen einzigartigen Aufschwung genommen hat. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung verfügt nun über neue Wohnungen, deren moderne und schöne Ausstattung beispielhaft für die ganze Welt ist. Die neuen Stadtplanungen, häufig für ganze Vororte mit 10 000 bis 30 000 Einwohnern, sind grosszügig und durchdacht. Die Bauformen verraten eine rege architektonische Phantasie. Und die Zahl der Neubauten übersteigt alle früheren Rekorde.

Diese Tatsachen lässt die Kritik gern unbeachtet; sie stürzt sich mit Vehemenz auf die Wartelisten der Wohnungsämter in den Grossstädten und konstruiert daraus ein Versagen der Wohnungspolitik; sie empfiehlt die Abschaffung der Staatssubventionen und eine Auspendelung der Mieter nach Angebot und Nachfrage. Wohin dies führen würde, zeigt der einzige Sektor der Wohnungswirtschaft, auf den die Wohnungsämter keinen Einfluss haben: die Altwohnungen. Wenn das Wohnungsamt einer in einem alten Hause wohnenden Familie eine neue Wohnung zuteilt, verfügt der Hauseigentümer selbst über die Altwohnung. Bei ihrer Vermietung entscheidet nicht die Bedürftigkeit, sondern das Interesse des Hauseigentümers, der häufig kinderlose Ehepaare oder Alleinstehende bevorzugt, u.a. auch deshalb, weil von diesen am ehesten hohe Ablösungsgelder zu haben sind. Wohin dies führt, zeigt ein Bericht des schwedischen Publizisten Sver Rydenfelt in der Zeitschrift "Balans", auf welche sich nachfolgende Ausführungen stützen:

Während der zwölf Jahre von 1946 bis 1957 sind in Schweden 522 000 moderne Wohnungen gebaut worden (bei 7 400 000 Einwohnern). Selbst wenn man für das Niederreißen alter Wohnungen einen so hohen Prozentsatz wie sechs Prozent annimmt, standen in diesem Zeitraume ...
... für den Bevölkerungszuwachs zur

Verfügung. Die Zahl der Ehepaare hat sich während dieser zwölf Jahre aber nur um etwa 252 000 erhöht. Es hätten demnach für jedes neuvermählte Paar eine Wohnung verfügbar und darüber hinaus noch ein Überschuss von 333 000 Wohnungen vorhanden sein müssen.

Ende 1945 verfügten 98,6 Prozent aller Verheirateten und 35 Prozent aller Alleinstehenden im Alter von 20 Jahren aufwärts über eigene Wohnungen. 29 Prozent aller Wohnungen gehörten damals Alleinstehenden. Unter Berücksichtigung der seitherigen Entwicklung kann errechnet werden, dass Ende 1957 von den insgesamt 2,587 000 Wohnungen etwa 1,710 000 von Ehepaaren und 977 000 von Alleinstehenden bewohnt waren, deren Zahl sich zu diesem Zeitpunkt etwa auf 1,660 000 belaufen haben dürfte. Das bedeutet, dass Ende 1957 bereits 59 Prozent aller Alleinstehenden eine eigene Wohnung hatten. Die Erhöhung dieses Prozentsatzes binnen zwölf Jahren von 35 auf 59 Prozent muss natürlich einen starken Einfluss auf den gesamten Wohnungsmarkt gehabt haben. Die Ursachen dafür sind die wesentlich erhöhten Reallohne, welche Alleinstehenden die Haltung einer eigenen Wohnung erleichterte - und sie auf dem Altwohnungsmarkt gegenüber den Verheirateten begünstigte - auf die Niedrighaltung der Wohnungsmieten bei gleichzeitiger Erhöhung der Mieten für möblierte Zimmer, sowie die gestiegene Zahl der Ehescheidungen und die zunehmende Neigung junger Menschen, eine eigene Wohnung zu besitzen. Solange diese Tendenz anhält, wird der Wohnungsbau - und wenn er noch so sehr gefördert wird - mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt halten können. Besonders drückend kann diese Nachfrage werden, wenn die ungewöhnlich starken Geburtenjahrgänge der Kriegsjahre auf dem Wohnungsmarkt auftreten werden.

Andererseits muss früher oder später eine Sättigung dieses Wohnungsbedarfs der Alleinstehenden eintreten, denn schliesslich wird der Prozentsatz der Alleinstehenden mit eigener Wohnung so gross sein, dass durch die meisten Eheschliessungen eine der beiden Alleinstehenden Wohnungen frei wird.

Heute beschränkt sich die Wohnungsnot in Schweden in wesentlichen nur noch auf die Grosstädte und das gegenwärtige Bauteempo wird, sobald der Sättigungsprozess wirksam wird, zweifellos Erleichterungen bringen. Der schwedische Reichstag hat kürzlich für das kommende Budgetjahr ein Beitrag von 1 1 000 000 Schwederkronen zur Förderung des Wohnungsbaues angewiesen und der Sozialminister hat erklärt, dass der Wohnungszuwachs sich auf der Rekordhöhe von 65 000 bis 70 000 Wohnungen pro Jahr halten wird, eine beachtenswerte Leistung für ein Land mit 7 400 000 Einwohnern, zumal wenn man den, zum Unterschied von der Bundesrepublik ausserordentlich hohen Standard der Neubauten berücksichtigt.

Der Fall Reinefarth

mu.- Noch immer stehen Behauptungen und Gegenbehauptungen zum Fall des kürzlich zurückgetretenen Westerbänder Bürgermeisters und früheren SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei, Reinefarth, über dessen angebliche Verbrechen bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes im September 1944 hart im Raum. Die Staatsanwaltschaft hat die Einleitung eines Officialverfahrens von Reinefarth gegen den Freiburger Rechtsphilosophen Prof. Thieme auf Beleidigung abgewiesen, nachdem Thieme Reinefarth in einem deutschen Nachrichtenmagazin derartiger Verbrechen beschuldigt hatte und in einem Leserbrief aussagte, Reinefarth habe während der Kämpfe um Warschau zum Kommandeur einer Artillerieabteilung gesagt, die zurückflutende, aus der Stadt getriebene polnische Bevölkerung sei "unser schwerstes Problem; so viel Munition haben wir nicht, um die alle umzuliegen."

Reinefarth ist inzwischen auf den Weg der Privatklage verwiesen worden. Jetzt wurden aber eine Reihe weiterer Dokumente über das Verhalten des hohen SS-Offiziers in Warschau bekannt, die die Frage aufwerfen, ob nicht die Staatsanwaltschaft unbesehen der glatt gegangenen Entnazifizierung und Nürnberger Prozeßführung gegen Reinefarth im öffentlichen Interesse ein Ermittlungsverfahren zur endgültigen Klärung der Vorwürfe einleiten muß.

Da ist einmal festzustellen, daß Reinefarth während der Nürnberger Prozesse am 19. September 1946 unter Eid aussagte: "Dirlewanger war mir nicht unterstellt." -Dirlewangers Kampfgruppen waren seinerzeit mit Kriminellen durchsetzt und haben sich durch außerordentliche Grausamkeiten gegen die Warschauer Zivilbevölkerung "hervorgetan". Es ist jetzt wesentlich für eine Beurteilung der Rolle Reinefarths, ob er direkter Vorgesetzter von Dirlewanger war. Dazu liegt einmal bei der Hohen Kommission zur Untersuchung von Nazi-Kriegsverbrechen in Warschau im Original der Vorschlag von Reinefarth für die Verleihung des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes an Dirlewanger vor. Der von Reinefarth persönlich unterzeichnete Vorschlag besagt dann, die Kampfgruppe Dirlewanger lobend, daß sie am 4. September 1944 mit dem Vorstoß am Oststrand des Südkessels und der Bereinigung des Weichselufers begann. "Heftiges Feindfeuer hielt SS-Oberführer Dirlewanger nicht zurück."

Dieser Hinweis auf den 4. September hat noch eine wesentliche weitere Bedeutung für die Beurteilung des Falles Reinefarth. Reine-

4. August 1958

farth selbst hat behauptet, er sei am 3. September von Warschau fortgegangen und habe so nichts mit der grauenhaften Verbrennung von Frauen und Kindern, die in einer Kirche dort zusammengetrieben waren, zu tun. Tatsächlich liegt aber bei der Hohen Kommission in Warschau auch das Original eines Vorschlages für die Verleihung des Ritterkreuzes an Reinefarth selbst vor - was er gleichfalls bekam. In diesem Dokument heißt es unter Punkt 4: "Um sich selbst von der Wirkung der schweren Waffen, des Einsetzes der Luftwaffe, insbesondere aber von den Straßensperren, Barrikaden und Widerstandswestern ein Bild zu machen, flog Gruppenführer Reinefarth am 4. und 7. 9. je einen Stuka-Einsatz mit."

Weiter ist die Abschrift über die Truppeneinteilung der Angriffverbände in Warschau erhalten, worin der Führer der Kampfgruppe Reinefarth, der "SS-Gruppenführer Reinefarth" und als die ihm unterstellten Truppen die "Angriffsgruppe Dirlewanger" genannt werden. Gleichermaßen belastend erscheint eine Notiz "Orientierung" des Armee-Oberkommandos 9 vom 4. August 1944, dem Beginn der Niederschlagung des Aufstandes. Um 23.15 Uhr am 4. 8. 1944 wird festgehalten, daß das AOK 9 für die Niederkämpfung des Aufstandes in Warschau u. a. ein Bataillon des SS-Regiments Dirlewanger zur Verfügung hat und daß die "Gesamtführung dieser Kräfte in Händen des Generalmajors der Polizei, Reinefarth, Höherer SS- und Polizei-Führer in Posen, liegt."

Weiter sollte die Staatsanwaltschaft endlich klären, was es mit der Meldung über Erschießungen und Verbrennungen von 28. August 1944 auf sich hat, die von Reinefarth persönlich an erster Stelle abgezeichnet ist. Dort heißt es wörtlich: "Durchgeschleuste Personen 421, Erschießungen: 198, Vertreibungen: 255." - In einem fast widerwärtigen Gegensatz zu dieser Dokument dürfte ein weiteres stehen, das von dem guten persönlichen Verhältnis zwischen Reinefarth und dem Reichsführer SS Himmler zeugt. Aus dem Gefechtstand seiner Kampfgruppe schrieb Reinefarth am 19. 8. 44 wörtlich: "Reichsführer! Aus unserer Warschauer Beute erlaube ich mir, Ihnen zwei Päckchen Tee mit den besten Grüßen zu übersenden. Heil Hitler! Ihr sehr ergebener Reinefarth." Geringfügig diese Dokumente noch nicht, für die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens? Schon um der künftigen Beziehungen mit Polen willen, müßte dies geschehen.

Kino-Inflation in Soldaten-Kitsch

G.H.F. Im Zeitalter der Atombombe sollten alle bei der Würdigung der Gestalt des Kriegers den furchtbaren Ernst walten lassen, der ihr allein angeschlossen ist. Wir leben wahrhaftig nicht mehr in einer Zeit, in der Grotesken der Rekrutenzeit verdecken können, daß das soldatische Handwerk eines Tages ein Bild zeigen wird, das selbst die, die es betreiben, mit Schrecken und Grausen erfüllen muß. Auch das "Helgenzeitalter" ist im Zeichen des Druckknöpfkrieges völlig dahin.

Die Verdienner der Unterhaltungsindustrie scheinen davon freilich wenig oder gar nicht berührt zu sein, wie der Filmbeauftragte der Evangelischen Kirche, Pfarrer Hess, jetzt in der Zeitschrift "Kirche und Film" unter der Überschrift: "Filmgeschäft mit dem Krieg" deutlich zum Ausdruck bringt. Pfarrer Hess schreibt da u.a.:

"Die Beunruhigung der Öffentlichkeit über die Spielpläne unserer Filmtheater wächst spürbar von Woche zu Woche. Während sich Zehntausende zu Demonstrationen gegen die Gefahr des Atomtodcs versammeln, hält die Filmwirtschaft die Zeit für besonders günstig, das westdeutsche Publikum mit dem massierten Einsatz von Militärfilmen jeder Kategorie und jeder Kalibers unter Beschluß zu nehmen. 'Mach Dir ein paar schöne Stunden, geh ins Kino', dieser Werbebeslogan steht zumindest zu diesem Teil des verabfolgten Filmprogramms in krassem Widerspruch... Was wir könnten und was wir auf jede nur erdenkliche Weise tun sollten, das wäre ein ständiger Appell an die Öffentlichkeit, Militärfilme in Zukunft zu meiden und so dazu beizutragen, daß die Filmwirtschaft an diesem Geschäft die Lust verliert. Wir sollten uns deshalb versprechen: Keinen Pfennig mehr für den Besuch eines Militärfilmes."

Solche Stimmen wünschte man in der Presse öfter zu vernehmen. Ein ständiger Appell an die Öffentlichkeit, wie Pfarrer Hess ihn fordert, tut not. Wenn ihm die "christliche Politik der Stärke", die sonst so sehr über die Sittlichkeit zu wachen vorgibt (so daß Pfarrer weiße Mäuse loslassen, wenn ein Film nicht in ihre Weltanschauung paßt!), scheut, so sollte die verantwortungsbewußte Publizistik sich gerade hier mit aller Rücksichtslosigkeit zur Wort melden und so wahrer Sittlichkeit dienen.

Pfarrer Hess verdient den Dank aller, die schon lange diese gruppenvolle Entwicklung zu einem furchtbaren Betrug der Jugend mit Entsetzen ansehen.

+ + +